

Zeitschrift:	Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber:	Schweizerisches Ost-Institut
Band:	8 (1967)
Heft:	16
Artikel:	Vietnam und Europa
Autor:	Bruck, Jean
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1077106

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vietnam und Europa

Die nachfolgenden Auszüge sind einer Rede entnommen, die ein Vertreter des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften, Jean Bruck, im April auf einem nationalen Gewerkschaftskongress in Saigon gehalten hat.

Ohne es gewollt zu haben, sieht sich die CVT, wie das ganze Land, in einem grausamen, mörderischen, zerstörerischen und ruinösen Krieg verwickelt.

In verschiedenen Hauptstädten der Welt haben in letzter Zeit Leute, die im Namen des vietnamesischen Volkes zu sprechen behaupten, demonstriert und Frieden in Vietnam gefordert — vor allem aber die bedingungslose Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam und den Abzug der amerikanischen Truppen.

Was mich betrifft, so weiss ich eins — nämlich, dass wenn die Leute, die heute demonstrieren, das Recht haben zu demonstrieren, und dies tun können unter dem demokratischen Regime, unter dem sie leben, sie dies diesem selben amerikanischen Streitkräften verdanken, deren Intervention sie vor 25 Jahren, als sie in ihrem eigenen Lande einen Krieg und eine ausländische Besetzung erlebten, dringend verlangten und deren Geschwader von Bombenflugzeugen, die nach Deutschland flogen, um dessen Fabriken, Brücken, Dämme und Städte zu zerstören, sie begeistert begrüssten, während sie sich selber leise sagten, dass noch mehr davon kommen sollten, um das Ende des Krieges zu beschleunigen.

Und ich weiss auch, dass wenn ich wie so viele andere hier mit mir auf dieser Tribüne erscheinen und in französisch sprechen kann und es nicht in deutsch oder russisch tun muss, ich es und wir es jenen Amerikanern, Australiern und anderen Alliierten verdanken, die in Nordafrika, in Italien, im Pazifik, in der Normandie und in Deutschland gestorben sind, um uns Frieden und Freiheit zurückzubringen.

Aber anscheinend haben diese Leute entweder ein schlechtes Gedächtnis oder ist die Propaganda unserer Gegner erstaunlich geschickt und wirksam oder sind sie zu jung, um zu wissen, wie teuer ihr Frieden erkauft worden ist und wer den Preis dafür gezahlt hat.

Es gibt Leute, die sagen, dass wir uns den Amerikanern verkauft hätten. Alle, die mich kennen und die den Internationalen Bund Christlicher Gewerkschaften kennen, wissen, dass wir die Amerikaner nicht besonders lieben ...

Aber wenn unsere Unabhängigkeit des Geistes und der Tat uns erlaubt, sehr deutlich zu sagen, dass sie einen falschen Weg verfolgen, so hilft sie uns auch, ungleich vielen von der gegnerischen Propaganda missgeleiteten Menschen, nicht den Angreifer mit dem Opfer, das Erobererland nicht mit dem eroberten Land, die Kollaborateure nicht mit den Widerstandskämpfern, die Verräte nicht mit den Patrioten, die terroristische Diktatur nicht mit einer Demokratie zu verwechseln, die zwar unvollkommen ist, sich aber im Prozess des Aufbaus befindet und von der die CVT ein wichtiger Bestandteil ist.

Und falls wir dies vergessen haben sollten, so gibt es die zwei Millionen aus dem Norden geflüchteten Vietnamesen und die Tausenden von

Zivilpersonen, die wegen ihrer Treue zu ihrem Vaterland und ihrer demokratischen Ueberzeugung hingerichtet worden sind, um uns an den Unterschied zu erinnern, der zwischen dem Regime in Nordvietnam und dem Regime in Südvietnam besteht.

Bedeutet das dann, dass wir keinen Frieden wollen? Dass Sie keinen Frieden wollen?

Aber wer könnte Frieden mehr als Sie wollen? Wer kennt besser als Sie den Preis des Krieges? Wer kann in Ihrem Namen von Ihren Leiden und Qualen sprechen? Wer kann mehr als Sie den Frieden wollen?

Man muss sich nur darüber verständigen, um welchen Frieden es sich handelt.

Es gibt den Frieden des Friedhofs, wo jede Opposition verschwunden, zerstört und vernichtet ist. Es gibt den Frieden des Konzentrationslagers, wo jede Opposition zum Schweigen verurteilt und in der dunklen Nacht des Schreckens erwürgt worden ist.

Es gibt den Frieden, der einfach die Abwesenheit des Krieges ist.

Es gibt schliesslich den Frieden, der die Frucht und das Werk der Gerechtigkeit zwischen den Völkern, Klassen und Menschen ist, den Frieden, Werk der Gerechtigkeit, der jedem Menschen, jeder Klasse, jedem Volk die Freiheit, Würde und Achtung gibt, die ihnen gebührt. Den Frieden, Werk der Gerechtigkeit, der jedem gibt, was ihm auf Grund seiner Arbeit zukommt, und jedem mit Hilfe freier, demokratischer Einrichtungen das Recht sichert, am Aufbau einer besseren Gesellschaft teilzunehmen, das Recht, am Fortschritt und an der Prosperität der Gemeinschaft teilzunehmen, das Recht, sich voll und in allen Bereichen in Freiheit und Würde zu entfalten.

Diesen Frieden wünschen Sie, erstreben Sie, wollen Sie mit ihrer ganzen Kraft, und wir wollen ihn mit Ihnen.

Fragen an das SOI

Im Zusammenhang mit der Teilung Deutschlands ist immer wieder vom Potsdamer Abkommen die Rede. Wie verhält es sich damit?

Das Potsdamer Abkommen, die am 2. August 1945 zwischen Truman, Stalin und Attlee auf der Potsdamer Konferenz geschlossene Vereinbarung, beschloss die Phase des Zweiten Weltkrieges und eröffnete die danach einsetzende Entwicklung. Die Konferenz griff alle Probleme der damaligen weltpolitischen Lage zwischen der Kapitulation Deutschlands und der Kapitulation Japans auf. Sie wurde massgeblich wichtig für die Besatzungspolitik der Siegermächte, für die Festsetzung der Demarkationslinie an der Oder-Neisse-Linie, für die Spaltung und Wiedervereinigung Deutschlands. Die drei Mächte vereinbarten im Potsdamer Abkommen eine Zusammenarbeit in der Weltpolitik und fixierten «die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Verbündeten in bezug

auf das besiegte Deutschland und für die Zeit der alliierten Kontrolle.» Frankreich billigte am 4. August das Potsdamer Abkommen. Es stimmte dabei aber vor allem folgendem nicht zu: Wiederherstellung zentraler deutscher Verwaltungen oder gar einer deutschen Zentralregierung, Gebietsregelung ohne «gemeinsame Prüfung durch alle interessierten Mächte», Bildung gesamtdeutscher Parteien.

Über Deutschlands politische Gestaltung nach seiner Entnazifizierung und Entmilitarisierung sah das Potsdamer Abkommen vor, dass ein künftiger Friedensvertrag mit Deutschland «durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.»

Die Erklärung, dass es um Deutschland «innerhalb seiner Grenzen am 21. Dezember 1937» gehe, die die vier Mächte am 5. Juni 1945 bei ihrer Feststellung über die Besatzungszone in Deutschland abgaben, wird im Potsdamer Abkommen weder erwähnt noch aufgehoben. Im Februar 1945 wurde auf der Krim-Konferenz von Roosevelt, Churchill und Stalin eine Entschädigung Polens für die von der Sowjetunion annexierten polnischen Ostgebiete auf Kosten Deutschlands anerkannt, ohne dass Vereinbarungen über den Umfang des Gebietes getroffen worden wären. Nach Abschnitt IX des Potsdamer Abkommens wurde die diesbezügliche Meinung der provisorischen Polnischen Regierung lediglich «geprüft», doch «bekräftigten die Häupter der drei Regierungen die Auffassung, dass die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden solle». Ferner ergab die Potsdamer Konferenz darin Uebereinstimmung, dass die in Frage stehenden deutschen Gebiete «unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen». In der Folgezeit wurde von Seiten der Westmächte bei jedem diplomatischen Anlass der vorläufige Charakter der Oder-Neisse-Linie betont, während Polen und die UdSSR die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens als endgültige Regelung betrachteten.

Bis zum Friedensvertrag wird laut Potsdamer Abkommen «die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches, der UdSSR und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, und zwar von jedem in seiner Besatzungszone sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen. Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muss die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.»

Weiter wird bestimmt: «Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuell friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.» Ueber die Schaffung einer rechtsstaatlichen und parlamentarischen Demokratie heisst es: «Das Gerichtswesen wird entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und der Gerechtigkeit auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und der Religion reorganisiert werden. Die Verwaltung Deutschlands muss in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverantwortung durchgeführt werden.»

Die Vorbereitung einer künftigen Zentralregierung wird vorgesehen: «Bis auf weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Aussenhandels und der Indu-